



**PRESSEMITTEILUNG 27.01.2023**

## **ERWEITERUNGSBESCHWERDE GEGEN DIE SPANISCHE REGIERUNG VOR DEM OBERSTEN GERICHTSHOF UND DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION**

Am 27. Januar 2023 hat das Bündnis "Denunciantes del Autoritarismo Judicial" (Denunzianten des Justizautoritarismus) eine verstärkte Beschwerde gegen die Regierung, den Obersten Gerichtshof und die Europäische Kommission eingereicht.

Die vorherige Beschwerde wurde am 11.11.2022 eingereicht und die Europäische Kommission hat sie am 25.11.2022 nach ihrer Registrierung als Ares(2022)8174536 im Referat F.3 - Wirtschaft der Mitgliedstaaten I (Kroatien, Spanien) der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission" weiterverfolgt. Dies ist ein Novum, denn noch nie zuvor hat die Europäische Kommission eine Beschwerde gegen eine Regierung untersucht.

Der Oberste Gerichtshof hat noch nicht einmal die Registrierung und die Einleitung des Verfahrens mitgeteilt.

In der Beschwerde wird gefordert, allen Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Möglichkeit zu geben, als Geschädigte aufzutreten und so ein neues Kontrollinstrument für die Regierung zu schaffen.

In dieser ergänzenden Beschwerde werden die Verstöße im Zusammenhang mit mehreren Ernennungen von Ministern, Richtern am Verfassungsgerichtshof, dem Generalstaatsanwalt, dem Präsidenten des Staatsrats und dem Präsidenten des GUS angeprangert.

Sie prangert die fehlende Erneuerung des Generalrats der Justiz und die Förderung der allgemeinen und institutionellen Kriminalität durch Regierung und Parlament sowie die Kriminalisierung der Richter an.

Die Korruption der Legislative und der Exekutive bei den europäischen Fonds wird ebenfalls angeprangert. Es werden Straftaten im Zusammenhang mit der Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union angeprangert, und zwar sowohl in Bezug auf die Genehmigung dieser Richtlinien als auch in Bezug auf die Nötigung des Parlaments und anderer Institutionen zu deren rechtswidriger Genehmigung und die Usurpation der Regierung.

In königlichen Dekreten, in den Daten über die Arbeitslosigkeit und in den Daten über die Mitglieder der Sozialversicherung werden weitere falsche Dokumente angeprangert.

Die Bereicherung durch nicht rückzahlbare Subventionen für die Finanzierung des Erwerbs von Wohnraum für das, was die Regierung als Sozialmiete bezeichnet, wird angeprangert.

Auch die mangelnde Transparenz der Regierung wird angeprangert, was ein Beweis für die Kriminalität der Regierung ist. Noch nie gab es eine Regierung, die so undurchsichtig war.

Es wird angeprangert, dass sich das Parlament nicht an das Gesetz gehalten hat, indem es seine obligatorische Kontrolle über die Regierung ausübte und die Korruption und den Totalitarismus der Regierung zuließ.

Im letzten Kapitel geht es um die Unterschlagung gegenüber den Katalanen.

Neben den Mitgliedern der Regierung werden auch folgende hochrangige Beamte angeprangert: Mercedes Cabrera Orejas als Generaldirektorin für die Beziehungen zu den Cortes (DGRC), Rafael Simancas Simancas als Staatssekretär für die Beziehungen zu den Cortes und für verfassungsrechtliche Angelegenheiten, Meritxell Batet Lamana als Präsidentin des Abgeordnetenhauses, Laura Díez Bueso als Generaldirektorin für verfassungsrechtliche Angelegenheiten und Rechtskoordination des Präsidialministeriums und als Richterin am Verfassungsgericht, Juan Carlos Campo Moreno als Richter des Verfassungsgerichts und Mitglied der Regierung, Dolores Delgado García als Generalstaatsanwältin, Jaume Asens Llodrá, Mitglied des Kongresses, und José Félix Tezanos Tortajada, Direktor des Zentrums für soziologische Forschung (CIS).

Wie bei der vorangegangenen Beschwerde wurde auch diese Verlängerung mit einer sichtbaren Kopie an Dutzende von Kongressabgeordneten gesandt, die ebenfalls über die Untersuchung der Europäischen Kommission zur vorangegangenen Beschwerde informiert wurden.

Wir verweisen auch auf das jüngste Verfahren vor dem Plenum des Europäischen Parlaments gegen die spanische Regierung.

[www.contraautoritarismojudicial.org](http://www.contraautoritarismojudicial.org)